

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 47. 31. Jahrg.

22. Novbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeilungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. Neue Rechtsverhältnisse. Rundschau. Arbeitsgemeinschaft. Die Feldgrauen haben gesprochen. — **Allgemeines:** Tarifvertrag im Steindruckgewerbe. — **Die photo-mechanischen Fächer:** Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. — **Photogr. Mitarbeiter:** Ortsbericht: Berlin. — **Graphische Technik:** »Normung«. — **Eingegangene Gelder.** Totenliste. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gavourstände

sandten wir unsere Rundschreiben Nr. 56 und 57, welche sehr wichtige Mitteilungen und Anweisungen über die Wiedereinstellung der Krieger, über die auszahlenden Unterstützungen und andere dringenden Angelegenheiten enthalten.

Sollte dieses Material irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir, uns zwecks Nachlieferung sofort Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Neue Rechtsverhältnisse.

Von Grund auf andere, wesentlich bessere Rechtsverhältnisse schuf für unsere gewerk-schaftliche Arbeit die neue Regierung durch eine programmatische Erklärung an das deutsche Volk. Wir halten den Wortlaut für wichtig genug, um ihn ungekürzt den Kollegen zu unterbreiten trotzdem wir wohl mit Recht annehmen dürfen, daß ihn jeder in seiner Tageszeitung gelesen hat. Doch solche Blätter werden im allgemeinen nur flüchtig gelesen und fast immer bald fortgeworfen. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen aber, die hier geschaffen wurden, stellen unsere ganze künftige Arbeit auf eine andere Grundlage. Man muß sich so recht vor Augen halten, was es gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet, wenn der Belagerungs-zustand aufgehoben wird, keinerlei Zensur stattfindet, während uns sonst tagtäglich durchschnittlich 2 solcher Verfügungen zuzugingen, so daß sich allmählich eine dicke schwere Mappe solcher Zettel bei uns angesammelt hat. Dann wird das Hilfsdienstgesetz, soweit wir es alle verurteilten, aufgehoben und nur die Bestimmungen, um derentwillen die Gewerkschaften das Gesetz schluckten, bleiben bestehen. Das bedeutet das Bestehenbleiben der Schlichtungsstellen für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.

Eine wahre Erlösung bedeutet die endliche Aufhebung aller Ausnahme-gesetze gegen die Landarbeiter und die Außerkräftsetzung der Gesindeordnungen. Nun wird es auch hier bald gelingen, starke Gewerkschaftsorganisations zu schaffen und damit Arbeitsverhältnisse herzustellen, die einen natürlichen Ausgleich zwischen Stadt und Land ergeben werden. Damit wird ein Teil der ungesunden Reibungsflächen allmählich von selbst verschwinden; es wird aber auch den auf dem Lande gebornen und aufgewachsenen Industriearbeiter in Fällen von Arbeitslosigkeit viel leichter möglich sein, wieder zum Lande zurückzukehren, was bisher infolge der Versklavung durch die Gesindeordnung dem freien Arbeiter nicht möglich war. Dadurch ist der jetzt so elend zusammengebrochenen konservativen Herrschaft endgiltig das Rückgrat gebrochen worden. Wir zweifeln keinen

Augenblick daran, daß zu dieser wirtschaftlichen Befreiung recht bald auch die geistige Befreiung der Landarbeiter treten wird, die durch eine allgemeine großzügige Schulreform ausgeübt werden muß.

Doch kehren wir wieder zu unserer Industriearbeiterschaft zurück. Da bringt uns die Proklamation eine Reihe Verfügungen, die von uns mit großer Genugtuung begrüßt werden können. Zunächst die Wiederin-kraftsetzung der vor dem Kriege gültigen Arbeiterschutzbestimmungen, deren weitgehende Verbesserung besonders für Frauen und Jugendliche nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte.

Eine, besonders für unsere Steindrucker-kollegen freudige Änderung bringt die Ankündigung des achtstündigen Maximalarbeitstages. Damit würde die Gleichheit der Arbeitszeit für unser Gewerbe durchgeführt. Der Wider-sinn, daß Steindrucker 9 Stunden, andere Berufssparten nur acht Stunden arbeiten, ist glücklicherweise beseitigt.

Über die in Angriff genommenen Maßnahmen zur Schaffung ausreichender Arbeits-gelegenheit und zu einer Unterstützung der Arbeitslosen haben wir bereits in voriger Nr. ausreichend berichtet. Daß die neue Re-gierung in tatkräftigster Weise an der Bekämpfung der Wohnungsnot zu arbeiten verspricht, haben wir nicht anders erwartet. Daß sie es auch tun wird, dafür bürgen die in der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten erprobten Kämpfer, die jetzt das deutsche Volk und damit den Reichskarren aus dem Dreck herausfahren sollen, in den die ehemals herrschenden Klassen es hineingeführt haben.

Wenn nun noch in dem Aufruf auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die geord-nete Produktion aufrechtzuerhalten und das Eigentum zu schützen, so werden die Ge-werkschaften gern damit einverstanden sein. Die Übernahme der Betriebe in die Ver-waltung der sozialen Gemeinschaft wird all-mählich auf gesetzlichem Wege zu geschehen haben, zunächst aber und schnellsten dort, wo durch die weitgehendste Kartellierung der Reifegrad für die Sozialisierung erreicht ist.

Der Bestand dieses Programms und seine Durchführbarkeit ist einstweilen gesetzlich gesichert. Endgiltig wird über die Weiter-führung aber erst die konstituierende Versamm-lung zu bestimmen haben, für die hoffentlich bald die Wahlen ausgeschrieben werden. Da alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nachdem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht stattzufinden haben, an der alle männlichen und weiblichen Personen über 20 Jahre sich beteiligen dürfen, wird hierbei eine Vertretung erstehen, die den denkbar reinsten Ausdruck des Volkswillens darstellt. Dabei wird es sich zeigen, wie weit die sozialistische Aufklärung in die Massen gedrungen ist. Täuschen wir uns nicht darüber, noch sind große Teile des Volks-ganzen so eng mit kapitalistischen Interessen verbunden, sei es durch Einkommen und Vermögen, durch Erziehung und Verwand-schaft, noch übt die gesellschaftliche Gewohnheit eine große Nachwirkung aus, daß Sozia-lisierungspläne, die den Stand der bisherigen

wirtschaftlichen Entwicklung im weiten Bogen überspringen möchten, an dem Widerstand dieser Volksgruppen scheitern werden. Schon melden sich heimlich immer mehr Stimmen, die unter dem Eindruck der unvermeidlichen Unruhen und Ordnungsstörungen, die eine solche bisher unerhörte Revolution im Ge-folge haben muß, sehnsüchtig nach dem alten Untertanenverhältnis zurückblicken. Die Volks-stimmung ist schnell wandelbar.

Auch die Arbeiterschaft ist hierin keines-wegs für uns absolut sicher, trotzdem die Fortschritte des unten wörtlich wiedergege-benen Programms gerade für Arbeiter hoch-erfreulich genannt werden müssen. Wenn wir aber daran denken, daß wir von den 8 bis 10 Millionen deutscher Arbeiter vor dem Kriege nur rund 2 1/2 Millionen in den freien Gewerkschaften hatten, in der politischen Partei gar nur rund 1 Million, dann mögen wir ruhig noch einen großen Zuwachs infolge des Umschwungs in Rechnung stellen, sicher ist uns die absolute Mehrheit noch nicht. Das sozialistische Programm hat aber die Mitbe-stimmung aller über 20 Jahre alten Volks-genossen als oberstes politisches Gesetz vorge-sehen. Wir kämpfen nicht für neue Herrenrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeu-tung Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. So lehrten es uns die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Und an anderer Stelle sagten sie von den Auf-gaben der Partei: Es sei nicht ihre Aufgabe, der Entwicklung ihren Weg vorzuschreiben; sie hat nur die Hindernisse der Entwicklung zu beseitigen; sie hat die Bahn frei zu machen für die Entwicklung der sozialistischen Gesell-schaft, sie hat nicht diese künstlich zu fabrizieren.

So sehr uns also die Entthronung der alten reaktionären Gewalten mit Freude erfüllt, so wenig darf uns die Macht, die wir errungen haben, dazu verleiten, Experimente zu unternehmen, die die natürliche wirtschaftliche Entwicklung hemmen könnten. Denn derartige Experimente können, wenn ihnen auch nur der kleinste Rechenfehler zu Grunde lag, für die Arbeiterschaft unberechenbaren Schaden bringen. Wir haben mit den harten Tatsachen zu rechnen, die deshalb nicht verschwinden, weil die Schwarmgeister sie nicht sehen will. Die gegebenen Verhältnisse, die nüchternere Wirklichkeit haben allein in unserer Rechnung Platz, gerade weil wir diese gegebenen Verhältnisse von Grund aus umgestalten wollen. Aus dieser Einsicht heraus gibt es zur Zeit keine dringendere Forderung an die Arbeiter als die, gerade jetzt für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation das menschenmöglichste zu leisten. Wollen wir den bisher herrschenden Klassen die Überlegenheit des Sozialismus beweisen, dann geht das nur durch die straffste und vollendetste Organisation.

Anschließend der Wortlaut des Aufrufs:
An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. — Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mk. ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellen von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. — Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. — Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlsystem auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. — Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlsystem.

Berlin, den 12 November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg.
Dittmann. Barth.

Rundschau.

Ansprüche bei der militärischen Entlassung. Wir machen unsere Kollegen auf folgende wichtige Bekanntmachung aufmerksam:

1. Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabfolgt werden:
 - a) unentgeltlich ein Entlassungsgeld (soweit der Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform),
 - b) ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark,
 - c) als Marschgeld, soweit Marschgebühren ständig sind, vom Truppenteil ein Pauschbetrag von 15 Mark.
2. Die Verabfolgung von 1 b wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung.

Dazu gehört:

- a) Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition,
 - b) Empfangnahme der Entlassungspapiere,
 - c) Anerkennung der Stammmrolle.
- Der Kriegsminister Unterstaatssekretär Scheuch. Göhre.

Eine recht originelle Frage stellte dieser Tage eine Berliner bürgerliche Zeitung bei ihrer Betrachtung der von uns im heutigen Leitartikel wiedergegebenen Regierungserklärung. Wir wollen den lustigen Satz lieber ganz abdrucken: »Nummer

haben auch die Beamten und Staatsarbeiter uneingeschränktes Vereinsrecht. Schon unter dem alten Regime hatten sich z. B. die Eisenbahner in mehreren Bundesstaaten den Eintritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften erkämpft. Nun aber sind alle Widerstände und Erörterungen erledigt. Die Frage wird nur sein, ob in der sozialistischen Republik auch die »Gelben« und die anderen unbehindert sein werden?« — Ganz ohne Zweifel dürfen sie das. Es erscheint uns nur als ganz unmöglich, daß sich heute noch ein Unternehmer finden dürfte, der für eine jetzt absolut zwecklos gewordene Sache sein Geld hergeben würde. Und einer gelben Vereinigung, die von Unternehmern nicht geschmiedet wird, tritt wohl kaum der beschränkteste Arbeiter bei.

160000 Auflage zählt mit der letzten Nummer die »Bergarbeiter Zeitung«. Die Auflage des Verbandsorgans belief sich bei Kriegsbeginn auf etwa 108000, sie ging bis Mitte 1915 auf zirka 58600 zurück. Der jetzige Stand bedeutet also eine glatte Zunahme der Auflage um mehr als 100000 seit Mitte 1915 und gegen Kriegbeginn stellt sie sich heute um über 50000 höher! Das sei ein erfreuliches Ergebnis der organisatorischen Werbearbeit. Doch jetzt gerade heiße es erster denn je: Zusammenhalten! Mandes Veraltete stürzt, weil die vernünftige Reform verspätet einsetzt. Die Arbeiterorganisation ist aber nichts Uraltes, sondern in ihr verkörpert sich die neue Zeit, durch die Organisation der Arbeiter wird die neue Welt in erster Linie errichtet! Deshalb muß der Verband nun erst recht gekräftigt werden durch massenhaften Zugang der noch Unorganisierten. Die Arbeiterorganisation ist die Grundmauer der neuen Welt die wir uns in systematischer Arbeit aufbauen müssen.

Graphische Kunst. Uns sind in dem laufenden Jahre die Notgeldscheine der verschiedenen Städte zu Gesicht gekommen, darunter manche, deren Entwurf große künstlerische Reife verriet, deren technische Ausführung trotz aller Kriegsschwierigkeiten mustergültig war. Vor uns liegt aber ein Stadtkassenschein über 20 Mk. der Stadt Berlin; mehrfarbig, gelb, blau, rot und schwarz. So etwas verpatztes ist uns kaum jemals auf der minderwertigsten Reklame vorgekommen. Keine technische Schwierigkeit kann diese unglaublich miserable Arbeit entschuldigen. Wenn Farben 1/2 mm daneben stehen, wenn die schwarze Zeichenplatte breitgequetscht und zerrissen steht, dann begreift man nicht wie so etwas herausgehen kann. Nur die geschmacklose Zeichnung harmoniert voll mit der technischen Ausführung. Das einzig Zeitentsprechende daran ist die große Krone, die durch das nach links und rechts überstehende Gelb und Blau den Eindruck macht, als sei sie schon bedenklich in's Wackeln geraten. Der Schein ist ja mit dem 24. Oktober gezeichnet, da traf es wohl zu.

Graphiker sucht Hausarbeit. Einen Tag nach der von allen verständigen Arbeitern jubelnd aufgenommenen Ankündigung der Einführung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit lesen wir im »Berliner Tageblatt« folgende Anzeige: Graphiker sucht für abends Hausarbeit in Schrift und Illustrationen. Angaben unter S. O. 890 an Rudolf Mosse, Wienerstraße 1—6.

Wir haben nun den Frieden, wir haben die große deutsche Republik. Das Morden hört auf, und die Mächte der Unterdrückung sind für immer gestürzt. Da drückt uns schon wieder schwere Sorge. Wird es gelingen, die Nahrungsmittelversorgung in Ordnung zu halten? Wird es gelücken, die Demobilisation ordnungsgemäß abzuwickeln, oder werden wir machtlos zusehen müssen, daß das Heer wild auseinanderläuft wie in Rußland? Werden wir Brot und Arbeit für die heimkehrenden Millionen, für die ungeheueren arbeitslos werdenden Menschenmassen aus der Munitionsindustrie schaffen können oder werden Hunger und soziales Elend neue politische Katastrophen heraufbeschwören und die kaum erungene Freiheit beflecken, die das deutsche Volk mit soviel teurem Blut bezahlt hat?

Alle diese Fragen sind durchaus berechtigt und vernünftig. Kein denkender Mensch wird ihren dringlichen Ernst bezweifeln. Aber trotz alledem sollen wir uns von den Sorgen, die dicht genug vor uns stehen, noch von den Kriegsnöten, die noch auf uns drücken, überwältigen lassen. Wir brauchen neue Kraft zur Bewältigung der großen Aufgaben, vor die wir gestellt sind, und die kann uns nur die Freude geben.

Arbeitsgemeinschaft.

Über die Arbeitsgemeinschaft, die von den gesamten Wirtschaftsverbänden des deutschen Volkes geschaffen wurde, macht das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission den Gewerkschaftskartellen eingehende Mitteilung und gibt für die praktische Arbeit dankbare Hinweise. Wir entnehmen diesen Ausführungen das folgende:

»Alle sozialistischen Denker und alle sozialistischen Führer stimmen darin überein, daß die Sozialisierung der Gesellschaft ein Umwandlungsprozeß ist, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht und durch gewaltsame Eingriffe von außen her beschleunigen läßt, sondern das Produkt innerer wirtschaftlicher Umgestaltungen ist. An solchen wirtschaftlichen Umgestaltungen fehlt es zwar im Verlaufe der Kriegsjahre nicht und auch die

politische Revolution wird von tiefgehendem wirtschaftlichem Einflusse sein, aber aus alledem ergibt sich noch lange nicht jene einheitliche kapitalistische Regie der Produktion auf allen Gebieten, die der Vergesellschaftung vorausgehen hat. Dazu kommt, daß eine vollständige Umwälzung der Wirtschaftsordnung, die in normalen Zeiten vielleicht mit nur teilweisen und geringeren Erschütterungen verknüpft wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gänzlicher Lahmlegung der gesamten Produktion führen müßte, da uns zurzeit sehr viele Kräfte fehlen würden, um Produktion und Absatz rasch wieder in Gang zu bringen. Was eine längere und umfangreiche Produktionsstörung jetzt nach dem Abschlusse des Krieges bedeuten würde, darüber muß sich vor allem die Arbeiterschaft klar sein. Sie bedeutet Mangel an Kohlen und Lebensmitteln, an Kleidung und Schuhwerk und an allem sonstigen notwendigen Bedarf. Sie bedeutet unter der Rückwirkung der drückenden Waffenstillstandsbedingungen den gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes, nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus. Sie bedeutet die Erschwerung des gesunden wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues aus dem Abgrund der Verelendung. Das kann niemand wollen, der es ernst mit dem deutschen Volke und mit der Überwindung der schrecklichen Leiden des Weltkrieges meint.

Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens kann auch nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein. Alle Volkskräfte in Stadt und Land müssen zusammenwirken, um diesen Zweck möglichst bald zu erreichen. Alle Wirtschaftsverbände müssen mitarbeiten, um die Volkswirtschaft auf den Friedensstand einzustellen. Alle müssen ein Teil der Verantwortung dafür übernehmen, daß der Arbeiter und der Angestellte an seinen Platz, zu Arbeit und lohnendem Verdienst gelangt, daß Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend möglichst vermieden werden. An dieser elementarsten aller Pflichten hat auch die große politische Umwälzung der letzten Tage nichts geändert, so gewaltig sonst ihre Wirkungen sind. Denn auch in der Republik will die Bevölkerung leben und das gebietet, alles zum Leben Notwendige ohne Störung zu erzeugen.

Von dieser Verantwortung durchdrungen, haben die gesamten Wirtschaftsverbände des deutschen Volkes, ungeachtet ihrer bestehenden Gegensätze, sich zu einem einheitlichen Zusammenwirken für die Durchführung der Übergangswirtschaft verständigt. Sie haben erkannt, daß gegensätzliche Interessen und Kämpfe das große Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht hindern dürfen und Mittel und Wege gefunden um Differenzen zu schlichten, die in solch schwerer Zeit dem Gemeinwohl schaden könnten. Wie bei Kriegsbeginn in zahlreichen Gewerben Arbeitsgemeinschaften zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und der Kriegsbeschädigtenfürsorge entstanden, so wollen die Gewerkschaften aller Richtungen, die Angestelltenverbände und die großen Arbeiterzentralen eine Arbeitsgemeinschaft für die Übergangswirtschaft bilden, die auf der Anerkennung folgender Grundsätze aufgebaut ist. — —

Wir lassen nun die getroffenen Abmachungen im Wortlaut folgen:

Ein Abkommen für die Übergangswirtschaft. Die großen Arbeitgeberverbände haben mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarung für die Übergangswirtschaft getroffen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Herresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsanträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschlusse zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten, ist ein Arbeiterschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse beziehungsweise Eingungsgämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliederten Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß liegt ob ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, so weit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatlichen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Sowohl die zur Zeit herrschenden politischen Rechtsverhältnisse, als auch die Garantien, die mit Vorstehendem die Unternehmer geben, nehmen den Gehilfen jeden Grund sich nicht seiner Gewerkschaft anzuschließen. Schon melden sich in großen Scharen allenthalben uns bisher oder zeitweis Fernstehende beim Verbands. Sorge jeder Einzelne dafür, daß wir in kurzer Zeit auch den letzten Kollegen in unserem Verbands aufnehmen können.

Die Feldgrauen haben gesprochen.

Vier Jahre lang hat sich jede Richtung und jede Partei schon fast formelmäßig auf die Feldgrauen berufen: warte nur, wenn mein großer Bruder aus dem Felde zurückkommt! Im Namen der Feldgrauen hat man den erobersüchtigen Annektionismus wie den bolschewistischen Fanatismus gepredigt. Geradezu gotteslästerlich oft hat man den Namen der Feldgrauen unnützlich im Munde geführt — nur die Soldaten selbst durften nicht reden. Jetzt haben sie gesprochen. Jetzt haben sie in der denkwürdigen Wahlversammlung der Arbeiterräte am Sonntag, den 10. November in Berlin, wo sie erst durch ihr Eingreifen die Einigkeit erzwingen und aus einer zweiten reinen Soldatenversammlung erfahren, was sie wollen: Keine Bruderkämpfe innerhalb der Arbeiterklasse, keine Redhaberei, kein gegenseitiges Sichherunterreißen, keine Zersplitterung und keinen Richtungsstreit; sondern einmütiges Zusammenstehen aller Kämpfer für die neue Volksfreiheit, damit möglichst bald der Friede gesichert ist, die Ordnung verbürgt bleibt und vernünftige soziale Verhältnisse wieder hergestellt werden können. Friede, Freiheit, Brot — das sind die Gedanken, welche Soldatenschaft und Arbeiterklasse beherrschen. Zum Frieden brauchen wir eine feste Regierung, welche sich auf die Zustimmung des freiwählenden Volkes stützt. Zur Freiheit brauchen wir eine ehrliche Demokratie, die niemanden ausschließt und niemanden verweigert. Brot erhalten wir nicht durch Raub, sondern nur durch geordnete Arbeit, nicht durch sozialdilettantische Versuche, mit einem Schlag die ganze Wirtschaft auf den Kopf zu stellen, sondern durch ruhiges Weiterarbeiten und allmähliche Veränderung des sozialen Körpers. So haben die Feldgrauen gesprochen und ihr Wort soll gelten.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Tarifvertrag im Steindruckgewerbe.

Nun hat auch das Schutzverbandsorgan: »Deutsches Steindruckgewerbe« zu der von uns berichteten Wandlung der Andraugung Stellung genommen. Nr. 21 u. 22 vom 15. November dieses Jahres berichtet über eine einige Zeit vorher stattgefundene Ausschußsitzung des Schutzverbandes:

»In dieser wichtigen Sitzung hat sich der Ausschuß die Frage vorgelegt, in welcher Weise die künftige Stellung des Schutzverbandes zu den sozialpolitischen Fragen zu regeln ist. Der Schutzverband hat stets Realpolitik getrieben, und sein Ausschuß, dem die Mitglieder das Wohl und Wehe ihrer Betriebe anvertraut haben, hat nicht gezögert, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der Ausschuß hat sich daher einstimmig grundsätzlich bereit erklärt, in Zukunft das Verhältnis zwischen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag zu regeln. Dieser so wichtige Beschluß ist nicht etwa das Ergebnis von irgendwelchen Kompromissen, sondern das einfache Ergebnis einer gesunden Realpolitik, die den Zeitströmungen Rechnung trägt. Der Ausschuß hat sich hierbei von keinerlei »Prestigegründen« leiten lassen, sondern bietet hiermit die Hand zu gemeinsamer Arbeit, um dem so schwer betroffenen Steindruckgewerbe diejenige Stellung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft und darüber hinaus in der Weltwirtschaft wiederzuerobern, die es vor dem Kriege eingenommen hat. Wir hoffen dabei verständlich, daß man dies auf der anderen Seite zu würdigen wissen wird. Der Schutzverband will hierdurch die Reibungen mit den Arbeitnehmern in Zukunft beseitigen und, dem Ernst der Zeit entsprechend, mit innerlich geschlossener Front den Kampf um die Weltwirtschaft aufnehmen.

Naturngemäß bedingt die Wichtigkeit dieser neuen Gewerbepolitik, die sichere Verhältnisse nach den verschiedensten Richtungen hin schaffen soll, daß der richtige Zeitpunkt hierzu gewählt wird. Das liegt nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern auch vor allem im Interesse der Arbeiter selbst. Eine sichere und sicheres Gewerbepolitik läßt sich selbstverständlich nicht auf einem schwankenden Grunde aufbauen, die Zeit dazu ist noch nicht gekommen. Das müssen beide Teile einsehen, besonders wenn sie ein Interesse daran haben, die verlorengegangenen Absatzmärkte wiederzuerobern. Gewiß wird der Inlandsbedarf nach dem Kriege recht groß sein, aber zunächst in den Gewerbezeigen, die Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellen, was für unser Gewerbe nur in beschränktem Umfang zutrifft. Erst müssen die jetzigen Verhältnisse geordneten Zuständen Platz gemacht haben. Denn wir wollen etwas schaffen, was eine sichere Grundlage für die Zukunft bietet. Das ist aber unmöglich solange der Kriegszustand besteht.

Dies kann uns natürlich nicht der Pflicht entheben, rechtzeitig das erforderliche Material zu beschaffen. Die wesentlichsten Punkte eines Tarifvertrages bilden die Lohnfrage in ihrer verschiedenartigen Gestaltung (Zeillohn, Akkordlohn, Kriegsteuerzuschläge usw.), die Arbeitszeitfrage, die Lehrlingskalkula, Schiedsinstanzen und Zeitdauer für die Fragen, bei deren Vorbereitung wir der Unterstützung aller Steindruckereibesitzer bedürfen, kommen hauptsächlich die drei ersten Punkte in Betracht. Darum bitten wir alle Mitglieder und Nichtmitglieder, uns bei dieser wichtigen Vorarbeit nach Möglichkeit unterstützen zu wollen. Wir wissen die Schwierigkeiten, die sich bei dem jetzigen Personalangel für jeden einzelnen Betrieb ergeben, wohl zu würdigen, indessen handelt es sich hier um nicht zu umgehende Arbeiten, die das zukünftige Schicksal unseres Gewerbes und seiner Angehörigen bestimmen.

Es wird jedem Steindruckereibesitzer ohne weiteres einleuchten, daß unsere neue Politik um so größeren Erfolg haben wird, je mehr Gefolgschaft wir haben. Darum ergeht heute der Ruf an alle Steindruckereibesitzer, uns möglichst zu unterstützen und sich als Mitglied anzuschließen, damit wir um so nachdrücklicher die Interessen der Arbeitgeber vertreten können. Man wende nicht ein, man wolle einmal abwarten, was aus der Sache werden wird. Denn über kurz oder lang wird ja doch der Zeitpunkt eintreten, wo der einzelne sich, und dann meist unter erschwerten Umständen, dem gemeinsamen Vorgehen anschließen muß. Denjenigen Steindruckereibesitzern, die aus einem ihnen gut dünkenden Grunde uns bisher ferngeblieben sind, weil sie in der einen oder anderen Bestimmung der Satzung ein Hindernis für ihren Beitritt erblickten zu müssen glaubten, sei mitgeteilt, daß diese Bestimmungen beseitigt werden. Der Weg ist also für alle noch draußen stehenden Betriebe freigemacht, und wir hoffen, daß die erstrebte Einigkeit zum Segen des Gewerbes bald Wirklichkeit werden wird.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Berlin, Chemigraphen. Die am 7. November d. Js. tagende Versammlung der Chemigraphen Berlins beauftragt ihre Vertreter im Tarifamt, dahin zu wirken, daß vom 1. Januar ab jede Einstellung von Lehrlingen in unserm Gewerbe aufhört. Zur Begründung wird ausgeführt, daß durch die bis zur äußersten Grenze ausgenutzte und leider von unsern Tarifamtsvertretern zugebilligte Einstellung von Lehrlingen, weit über die im Frieden gültig gewesene Zahlenskala hinaus für Nachwuchs im Gewerbe gesorgt worden ist. Durch den für Deutschland gänzlich verlorenen Krieg können die Chemigraphen auf besonders günstige Konjunktur nicht rechnen, eher steht das direkte Gegenteil zu erwarten. Die Pflicht beider Tarifkontrahenten ist, dafür Sorge zu tragen, daß unser Gewerbe auch in Zukunft vor der größten Not der Arbeitslosigkeit geschützt werden muß. Wie aber ein Überangebot von Arbeitskräften auf die Preisschluderei im Gewerbe wirken muß, dürfte wohl auch den Unternehmern sehr wohl bekannt sein. Eine heilige Pflicht gebietet uns aber, weiter denen, die unsere

Heimat mit ihren Leibern gedeckt haben, wenigstens ihr und ihrer Angehörigen nacktes Leben vor dem kommenden Elend und dem Siedtum zu retten. Kein Mittel, das wenn es von der einen Seite große Opfer erfordert, darf hier gescheut werden. Die Versammlung erwartet daher die ernsteste Beratung dieser Frage im Tarifamt.

Photogr. Mitarbeiter.

Ortsberichte.

Berlin. Aus der Kinofilindustrie. Bisher haben die Arbeiter und Angestellten dieser Industrie der gewerkschaftlichen Organisation ziemlich gleichgültig gegenübergestanden. Die revolutionäre Umwälzung scheint auch hier eine Änderung zu bringen. Die Arbeiter und Angestellten der Firmen Projektions-Aktiengesellschaft Union und Mester-Film nahmen am Freitag in einer zahlreich besuchten Versammlung im Graphischen Vereinshaus ein Referat des Photographen-Vorsitzenden Kollegen Hänlein entgegen und stimmten dessen Ausführungen zu, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders der vollkommene Schutz von Leben und Gesundheit der in dieser Industrie beschäftigten Personen nur durch straffe Organisation zu erreichen sei. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß dem immer stärker werdenden Film-Unternehmertum eine geschlossene Organisation der Arbeiter und Angestellten gegenüberüberstehen müsse. Die weiteren Schritte wurden einem Vertrauenskörper überwiesen. Adressenmaterial und Anfragen hierzu sind bis auf weiteres an Wilhelm Hänlein, Elsasser Straße 86/88 III, zu richten.

Graphische Technik.

„Normung“.

Diese bündige Bezeichnung hat der im Dezember 1917 begründete Normenausschuß der Deutschen Industrie für die Vereinheitlichungsarbeit geprägt, die auf allen Gebieten der deutschen Industrie einsetzen soll, damit eine Vereinfachung der Herstellung, Steigerung der Leistungsfähigkeit und Minderung der Selbstkosten aller Erzeugnisse erzielt werde. Nachdem die erforderlichen Vorarbeiten, besonders auch die Fühlungnahme mit den verwandten Berufskreisen beendet waren, konnte eine Sitzung des erweiterten Ausschlusses einberufen werden, die unter dem Namen »Normenausschuß für das graphische Gewerbe« am 14. Oktober in Leipzig tagte. In dieser Sitzung waren vertreten: Bund der chemigraphischen Anstalten-Berlin, Verband deutscher Buchbindereibesitzer-Leipzig, Deutscher Faktorenbund-Berlin, Typographische Gesellschaft zu Leipzig, Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften-Leipzig, Berliner Typographische Gesellschaft, Verband Deutscher Steindruckereibesitzer-Leipzig, Vereinigung Deutscher Schnellpressenfabriken-Würzburg, Verein Deutscher Schriftgießereien-Leipzig und Deutscher Buchdrucker-Verein-Leipzig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Herr Otto Säuberlich die Versammlung, wobei er unter anderem folgendes ausführte: Den Anstoß zur Normenbewegung hat der Krieg gegeben. Sparsam wirtschaften heißt das Gebot der Stunde. Sparen an menschlicher Arbeitskraft, die der Krieg so grauenhaft verwüstet hat, sparen an Rohstoff und Material und sparen an Zeit und Geld. In diesem Sinne fällt beispielsweise schon die Sorge um unseren gewerblichen Nachwuchs, die Prüfung auf Eignung bei der Berufswahl und die Ausbildung der Lehrlinge unter die Normenschnaffung.

Was nun unsere besondere Aufgabe, die Normenschnaffung für das graphische Gewerbe, anbelangt, so lag es nahe, daß wir uns mit allen verwandten Berufen in Verbindung setzten. Wir werden eingedenk bleiben müssen, daß Graphik und Buchgewerbe zu den Kunstgewerben zählen, und daß bei ihnen die Schablonisierung nicht soweit geführt werden kann wie bei Berufen mit rein praktischer, mechanischer Betätigung. Bei Graphik und Buchgewerbe wird Geschmack und Mode, die mit der Zeit wechseln, immer von Einfluß bleiben. Das wird aber natürlich nicht hindern, daß Papierformate und dementsprechend Maschinengrößen festgelegt werden, daß durchgreifende Bestimmungen über Schriftlinie, Plattenstärke, Gießzettel usw. getroffen werden. Auf Vorschlag des Herrn Kommerzienrat Kraiss-Stuttgart wurde Herr Otto Säuberlich-Leipzig zum Vorsitzenden gewählt.

Das erste Beratungsgebiet bildete das Papier. Es wurde angeregt, nur nach 1000 Bogen (Neuries) zu rechnen, die Gewichte anzugeben für 1000 Bogen und für den qm, sowie die stoffliche Zusammensetzung der Papiere kenntlich zu machen. Bei holzhaltigen Papieren soll angegeben werden, wieviel Teile Holzschluffgehalt sie enthalten und wie hoch sich der Aschegehalt beläuft. Die Druckereien möchten sich künftig mit einer geringen Anzahl von Formaten, etwa 6—7, begnügen, damit eine Verbilligung an den Modell- und gesamten Konstruktions- und Herstellungskosten erzielt werde.

Es sei ein halblöser Zustand, daß die Fabriken, veranlaßt durch die Sonderwünsche einzelner Besteller, unendlich viele Formate herstellen mußten. So bauten zum Beispiel Koenig & Bauer 14 Formate, Augsburg 33, Bohn & Herber 23, Frankenthal 43, Feidelberg 14, Johannisberg 34, Planeta 35, Scheiter & Giesecke 20. Schließlich wurde beschlossen eine Papierkommission zu wählen, welche die gegebenen Anregungen weiter bearbeitet.

Ein gleich lebhafter Erfahrungs- und Wunschaustausch entwickelte sich betreffs der Schriften usw., die nunmehr besprochen wurden. Auch zur weiteren Erledigung dieser Fragen wird eine Unterkommission gewählt, der zugleich die auf die Stereotypie, Galvanoplastik und Chemigraphie bezüglichen Angelegenheiten mit übertragen werden sollen, weil hier vieles ineinandergeht, wie z. B. die Zusammensetzung des Metalles sowohl für Schriften als auch für Platten und für Maschinensatz. Auch über die Stärke der Kupferhaut bei Galvanos müßten Bestimmungen getroffen werden, selbst wenn nur gesagt werden könne, daß sie fünf Prozent betragen müsse. Die seitlichen Maße der Platten, Ätzungen und sonstigen Druckstöcke sollen auf System (6 oder 12 Punkt) ausgehen, damit das Einfügen in den Satz vereinfacht wird. Ferner wird noch verlangt die einheitliche Gestaltung des Facettenrandes und die Festsetzung des Winkels bei unterständigen Rändern, eine einheitliche Stärke der Zinkplatten für Ätzungen und ein Normalraster für Netzätzungen.

Hierauf wurde in die Besprechung des Abschnittes Maschinen eingetreten, der zum Teil schon unter dem Abschnitte Papier hinsichtlich der For-

matfrage behandelt worden ist. Sehr wichtig sei die Kennzeichnung aller Schmierölstellen durch rote Färbung und die Anfertigung von Telleverzeichnungen, damit bei Nachbestellung einzelner Teile eine zweifelsfreie Bezeichnung gesichert sei. Diese Frage soll durch Einprägung von Nummern in die einzelnen Teile geregelt werden, wie das schon vielfach üblich sei, z. B. bei Setzmaschinen und Bogenanlegern. Auch den Schutzvorrichtungen müsse bei der Vereinheitlichung eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, hier tue Abhilfe dringend not, weil die Vorrichtungen teilweise selbst eine Gefahrenquelle seien.

Die Farben wurden gleichfalls ausführlich behandelt und beschlossen, eine Unterkommission zu bilden, welche die besprochene stoffliche Zusammensetzung der Farben, Angaben über Lichtbeständigkeit und eine einheitliche Bezeichnung sowie alle sonstigen einschlägigen Dinge weiter bearbeiten soll.

Über diese Sitzung des Normenausschusses für das graphische Gewerbe ist ein ausführlicher Bericht erstattet und durch Druck vervielfältigt worden, der auch die Arbeitspläne der Unterausschüsse enthält, sowie deren Zusammensetzung. Dieser Bericht ist als Veröffentlichung I des Normenausschusses an alle beteiligten Vertreter gesandt worden, es steht aber auf Verlangen allen und jedem durch das Wirtschaftsamt des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Leipzig, Budgetverbehau, zur Verfügung, denen die Förderung der Bestrebungen am Herzen liegt und die befähigt sind, an der Durchführung dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten, die allen Gewerbegruppen zum Segen gereichen soll.

Eingegangene Gelder.

Für das 3. Quartal 1918 wurden noch folgende Beiträge eingesandt:

Altenburg 70,38, Altona 50,10, Aschersleben 294,67, Barmen 206,34, Bautzen 207,25, Bonn 120,—, Brandenburg 2. Rate 300,—, Braunschweig 372,91, Bremen 50,—, Breslau 600,—, Bunzlau 50,—, Cassel 300,—, Chemnitz 2. Rate 200,—, Cöln 300,—, Coswig 60,—, Crefeld 100,—, Dessau 91,40, Detmold 100,—, Dortmund 38,—, Dresden 2. Rate 3000,—, Düsseldorf 2. Rate 200,—, Ebersbad 60,—, Einbeck 100,—, Elberfeld 2. Rate 150,—, Eßlingen 100,—, Forbach 105,70, Frankfurt a. M. II 350,—, Glogau 2. Rate 136,10, Göppingen 40,—, Görlitz 80,—, Grimma 30,—, Halberstadt 50,—, Hamburg 500,—, Hannover 2. Rate 700,—, Hildesheim 97,50, Iserlohn 229,16, Kaiserslautern 37,—, Karlsruhe 2. Rate 265,—, Kattowitz 72,85, Kiel 100,—, Leipzig 3. Rate 1000,—, Lüneburg 40,—, Magdeburg 2. Rate 200,—, Mühlhausen I. Th. 30,—, München I 1400,—, München II 2. Rate 1050,—, Neu-Isenburg 175,—, Niedersiedlitz 200,—, Nürnberg II 200,—, Nürnberg III 2. Rate 300,—, Osnabrück 19,—, Pforzheim 30,—, Potsdam 122,70, Regensburg 86,56, Saalfeld 300,—, Schwerin 50,—, Selb 150,—, Stolberg 46,90, Stuttgart I 145,10, Tilsit 50,—, Würzen 25,—, Zittau 150,— und Zwickau 2. Rate 250,— Mk.

Für das IV. Quartal sandten ein: Leipzig 2000,— und Magdeburg 200,— Mk.

Berlin, den 16. November 1918. *Wilh. Brall.*

Totenliste.

1918.

† 24. August in Bautzen **Max Lange**, Steindrucker aus Bautzen, 48 Jahre alt, an Herzlähmung, Invalide seit 17. Januar 1909. — Eingetreten in Bautzen am 1. Februar 1899.

† Am 27. September in Breslau **Paul Wolny**, Steindrucker aus Breslau, 22 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 2 Tage. — Eingetreten in Breslau am 7. November 1915.

† Am 5. Oktober in Breslau **Wilhelm Parnitzke**, Steindrucker aus Neusalz a. Oder, 79 Jahre alt, an Lungen- und Herzleiden und Entkräftung, Invalide seit 6. September 1903. — Eingetreten in Breslau am 1. Januar 1893.

† Am 9. Oktober in Chemnitz **Wilhelm Schmidt**, Steindrucker aus Chemnitz, 67 Jahre alt, an Arterien-Verkalkung und Entkräftung, Invalide seit 10. November 1912. — Eingetreten in Chemnitz am 1. Januar 1893.

† Am 12. Oktober in Potsdam **Max Ebel**, Lithograph aus Berlin, 52 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 1 Woche 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 12. Januar 1897.

† Am 12. Oktober in Meissen **Hugo Matuschka**, Steindrucker aus Schwelbitz, 55 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 1 1/2 Tage. — Eingetreten in Meissen am 1. August 1887.

† Am 13. Oktober in Meissen **Max Zimmermann**, Steindrucker aus Niederspaar b. Meissen, 30 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 20 Wochen. — Eingetreten am 1. April 1906.

† Am 13. Oktober im Berlin **Georg Reiß**, Steindrucker aus Berlin, 30 Jahre alt, an Grippe, krank 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 6. April 1913.

† Am 15. Oktober in Trier **Anton Fries**, Steindrucker aus Biewer, 25 Jahre alt, an Grippe, krank 2 Tage. — Eingetreten in Trier am 4. Mai 1913, (vorher Mitglied in der Lehrlingsabteilung seit 19. Dezember 1909).

† Am 15. Oktober in Braunschweig **Bruno Brandes**, Kartograph aus Braunschweig, 25 Jahre alt, an Grippe, krank 2 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Braunschweig am 28. April 1912.

† Am 19. Oktober in Berlin **Franz Gradl**, Chemigraph aus Regensburg, 29 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 1 Woche 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Februar 1914.

† Am 21. Oktober in Stettin **Albert Schöneck**, Steindrucker aus Danzig, 50 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 2 Tage. — Eingetreten in Stettin am 1. Februar 1893.

† Am 25. Oktober in Düren **Wilhelm Steves**, Steindrucker aus Crefeld, 52 Jahre alt, an Rheumatismus und Herzleiden, krank 23 Wochen. — Eingetreten in Offenbach a. M. am 21. Januar 1891.

† Am 27. Oktober in Reichenbach i. V. **Artur Wippler**, Steindrucker aus Osdatz i. Sa., 33 Jahre alt, an Grippe und Herzlähmung, krank 1 Woche. — Eingetreten in Dresden am 2. Juni 1912.

† Am 28. Oktober in Straßburg i. Els. **Anton Pohl**, Steindrucker aus Hausdorf bei Neurode, 44 Jahre alt, an Grippe, krank 5 Tage. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 13. Januar 1895.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Roulett, Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. Könlq
Berlin SO, Naunynstraße 69.

Reinigungsmittel „Goljad“

löst leicht alle angetrockneten Druckfarben, Firnisse, Harze, Asphalt; reinigt Buchdruckschriften, Formen usw.
„Goljad“ eignet sich vorzüglich zum Auswaschen von Lithographien auf Stein, Zink und Aluminium.
„Goljad“ ist milde im Geruch und nicht feuergefährlich.
Preis pro Kilo Mk. 5,50
Probekanne mit 1/4 Kilo Inhalt inkl. Kanne Mk. 9,
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49
Fabrik chemisch-technischer Präparate für Druckereien

Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu uns zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Chemisch-technische Druckpräparate.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertrifft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & N. Leipzig 5 Kg.; O. W. Cassel 5 Kg.; G. & D. Leipzig 5 Kg.; O. L. Fürth 5 Kg.; A. F. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niedersiedlitz 5 Kg.; W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. usw.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Der 1. Band unserer Verbandsgeschichte Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe von Hermann Müller

ist erschienen und bei den Mitgliedschaftsvorständen zu haben. Preis für Verbandsmitglieder 5 Mk., für andere Gewerkschaftsmitglieder durch den Verband bezogen 10 Mk., im Buchhandel 15 Mk.

Das Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks

verfaßt von Alois Senefelder in München 1821. Mit 20 Zeidentafeln nach Originalzeichnungen von der Hand Senefelders. Herausgegeben vom Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, Berlin. Preis 7,50 Mk. inklusive Porto. Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.